

# GANZ HANNOVER IM BLICK

## Infobrief

Alptekin Kirci, MdL

Stadtverbandsvorsitzender



Liebe Genossinnen und Genossen,

unser „Kleiner Parteitag“ am 24. September zum Thema „50 Jahre Gesamtschulen in Deutschland – wie geht es weiter?“ war ein voller Erfolg. Wir haben viele positive Rückmeldungen erhalten. Bei Ulrike Strauch möchte ich mich für die hervorragende Organisation herzlich bedanken!

Mit über 100 Interessierte haben wir über die Erfolgsgeschichte und Herausforderungen der Integrierten Gesamtschulen diskutiert. Deutlich ist geworden, dass sich wahrscheinlich unser Schulsystem in Richtung Zweigliedrigkeit entwickeln wird: Gymnasium und Gesamtschulen in vielfältiger Gestalt. Das darf aber nicht dann dazu führen, dass die pädagogische Arbeit mit den schwierigeren, aber förderungsfähigen Kindern und Jugendlichen ausschließlich nur von einem Teil der Lehrerschaft getragen wird. Neben Pädagogik und Vermittlung von Wissen erwerben in Gesamtschulen Kinder und Jugendliche soziale, kulturelle, personale und praktische Kompetenzen,

die für den Zusammenhalt für unsere Gesellschaft von herausragender Bedeutung sind. In diesem Bereich haben die Gesamtschullehr\*innen die größten Erfahrungen.



Richtschnur sozialdemokratischer Schul- und Bildungspolitik ist Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit. Die Integrierte Gesamtschule ist die Schule mit dem umfassendsten Auftrag in den Sekundarstufen I und II. Sie bejaht die Arbeit mit einer sehr heterogenen Schülerschaft. Sie führt bei den Anliegen „Integration“ und „Inklusion“ im Sekundarbereich die Entwicklung an. Dafür benötigen die Integrierten Gesamtschulen die erforderlichen Ressourcen. Diese dürfen ihr nicht vorenthalten werden.



Auch bei der aktuellen Debatte um ein 18. Gymnasium im Stadtgebiet Hannover stehen wir zu den Integrierten Gesamtschulen und werden dafür kämpfen, sie entsprechend ihrer heterogenen Schülerschaft auszustatten! Dafür werden sich die SPD Ratsfraktion und der SPD Stadtverband einsetzen.

Solidarische Grüße

Euer Alptekin

Ulrike Strauch

Beisitzerin im SPD  
Stadtverbandsvorstand



## „50 Jahre Gesamtschulen in Deutschland – wie geht es weiter?“

**Kleiner Parteitag des SPD-Stadtverbands Hannover in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Region Hannover**

am 24.09.2018 in der IGS Roderbruch.

In den 60iger Jahren des letzten Jahrhunderts begann in Deutschland die Kritik an dem als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Schulwesen bis in die Universitäten hinein. Die Aufteilung von Zehnjährigen auf die Schulformen Gymnasien, Haupt- und Realschule sowie die Existenz von Sonderschulen für die Lernschwächsten schränkte die Bildungs-


chancen meistens auf die festgelegten Schullaufbahnen ein, die eher selten gewechselt werden konnten.

In Untersuchungen über Schulabschlüsse, die eigentlich eine zu geringe Zahl an Abiturienten anprangern sollten, stellte sich quasi als Nebeneffekt die Chancenlosigkeit von Arbeiterkindern auf einen Aufstieg durch Bildung heraus.

Damals begann eine neue, sozialdemokratische Schul- und Bildungspolitik mit den Forderungen nach Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit.

Die ersten Gesamtschulen wurden, teilweise als Schulversuche, gegründet als Alternative zu einem System, das die Schüler zu früh in verschiedene Schulformen einteilte und trennte. Die Schülerinnen und Schüler sollten die Chance bekommen, möglichst lange zusammen zu lernen und zu den Abschlüssen zu gelangen, die auf Grund ihrer individuellen Leistungsentwicklung möglich waren.


Auf dem Kleinen Parteitag des SPD Stadtverband Hannover „50 Jahre Gesamtschulen in Deutschland – wie geht es weiter?“ in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Region Hannover wurde ein mit dem Vortrag von Wolfgang Kuschel



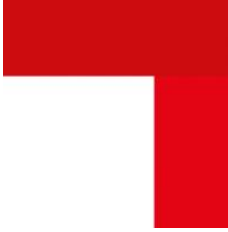
„IGS der Zukunft – Integration, Innovation, Inklusion“ die Entwicklung dieser neuen Schulform von den Gründungsjahren der **Gesamtschulen** in Deutschland und Niedersachsen („**Schulen des Aufbruchs**“) dargestellt. Eine Bestandaufnahme der gegenwärtigen Arbeit aus Sicht von Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern und Schüler\*innen, Bildungsexperten, politisch Verantwortlichen und Verbandsvertretern schloss sich an. Werden Gesamtschulen ihren ursprünglichen Zielen noch gerecht? Wie geht es weiter?

In der Landeshauptstadt Hannover hat sich inzwischen ein gegliedertes Schulsystem entwickelt mit Gymnasien für über 50% der Schülerinnen und Schüler, mit Gesamtschulen, die ihren Anspruch auf integrative Beschulung weiterentwickeln zu inklusiven Systemen, und mit Oberschulen, in denen die Haupt- und Realschulen aufgegangen sind und die über einen hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Sprachschwierigkeiten und/oder sonderpädagogischen Förderbedarf klagen ohne entsprechende Unterstützung.

Aktuell steht zur Debatte, ein 18.Gymnasium im Stadtgebiet von Hannover einzurichten; der Planungsauftrag wurde erteilt.



Zeitgleich beschäftigt sich das neu gegründete Bündnis für eine



„Schule der Kulturhauptstadt“ unter dem Dach der GEW mit Ideen zur Weiterentwicklung von neuen Lernformen, Inhalten und Lernorten mit dem Ziel, eine „**Schule der Zukunft**“ modellhaft zu entwickeln.

Die bestehenden Gesamtschulen arbeiten an ihrer Weiterentwicklung, teilweise durch Fokussierung auf bestimmte Schwerpunkte wie Sprachförderung und/oder inklusiven Unterricht, Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche oder an der Verbesserung der Berufsorientierung. Sie fordern eine bessere Versorgung mit Lehrerstunden, der Festanstellung von Sonderpädagogen im Kollegium und mehr geschultem Assistenzpersonal, um die Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen in multiprofessionellen Teams besser versorgen zu können.

Zwei Gesamtschulen, die IGS Südstadt und die IGS Bothfeld, haben die Einrichtung von Oberstufen beantragt und werden dabei von Afra Gamoori, der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, sowie der Arbeitsgemeinschaft für Bildung unterstützt.

Wolfgang Kuschel

Gemeinnützige Gesellschaft

Gesamtschulen - Gastbeitrag

„Wenn es überhaupt in Deutschland heute Gesamtschulen gibt, dann ist dies der SPD zu verdanken.“

Sie setzte nach der Novemberrevolution 1920 die gemeinsame Schule für alle Schüler der Primarstufe gegen heftigen Widerstand durch. Nazizeit und Krieg bremsten die weitere Entwicklung aus. 1968 öffnete dann die erste Gesamtschule für die Sekundarstufen im SPD-regierten Berlin ihre Pforten, ab 1971 folgten auf Betreiben der SPD die ersten Gesamtschulen in Niedersachsen, darunter die IGSen in Linden, Garbsen und Langenhagen. Es folgte ein Wechselbad: 1976 verbot die CDU-Regierung unter Ernst Albrecht Neugründungen. Mit Gerhard Schröder und Rolf Wernstedt setzte 1990 eine zweite Gründungswelle ein (u.a. IGS List und Vahrenheide). Diese wurde durch die CDU-Regierung unter Christian Wulff erneut abrupt abgebremst. Doch der Druck wurde zu groß, Tausende bekamen keinen Platz an den IGSen, überall gründeten sich Elterninitiativen für neue Gesamtschulen. Dies entschied auch die Wahlen 2013, nach der Stephan Weil und Frauke Heiligenstadt unverzüglich die Neugründung von IGSen zuließen und die IGSen zu auch ersetzenden Schulen machten – mit der Einschränkung, dass ein Gymnasium „in zumutbarer Entfernung“ vorhanden sein muss.. Heute gibt es in Niedersachsen 136 öffentliche Gesamtschulen und einige private.

SPD

Die Pädagogik in den neuen Gesamtschulen war revolutionär: Ihren Geist prägten eine absolute Schülerzugewandtheit, Teamarbeit auf allen Ebenen, Schü-



ler- und Elternmitwirkung und damals neue Unterrichtsmethoden wie Projektarbeit und Gruppenarbeit. Dazu kam eine beträchtliche Verringerung des Drucks auf Schüler und Eltern durch die Abschaffung des Sitzenbleibens, der Ziffernzeugnisse und durch den pädagogisch konzipierten Ganztagsbereich. Von konservativer Seite wurden die Gesamtschulen mit ständigen Diffamierungskampagnen überzogen, die der Beliebtheit der Schulen jedoch keinen Abbruch taten.

Der Gründungsboom seit 2013 und der vollständige Generationenwechsel in den Lehrerkollegien stellt die IGSen vor neue Herausforderungen. Die Gymnasien kopieren mittlerweile viele Merkmale von IGSen und die Umwandlung v.a. von Haupt- und Realschulen in IGSen bringt zahlreiche Lehrkräfte aus dem dreigliedrigen Schulsystem mit einem anderen Denken in die Schulen. Dazu kommt die Herausbildung eines Zwei-Säulen-Systems aus Gymnasien und IGSen, in dem die Gesamtschulen zum Auffangbecken aller von den Gymnasien „Abgeschulten“ und Ausgestoßenen zu werden drohen – obwohl beide Schulformen zum Abitur führen. Das Gerede, es käme nur auf die Lehrer und nicht auf die Struktur des Schulwesens an, ist Unsinn, da die Möglichkeit des „Abschulens“ ausschließlich wegen des Bestehens verschiedener Schulformen existiert.

Zzt. ist von der Politik in diesen Fragen keine Unterstützung zu erwarten und auch in der Landes-

SPD gibt auch keine Anzeichen, dass man sich der systemischen Unwucht der Drei- oder der neuen Zweigliedrigkeit grundsätzlich stellen will. „Schulfrieden statt unproduktive Strukturdebatten“ heißt es. Ein Bemühen um eine gemeinsame Schule für alle wie es sie in Schweden, Finnland, Italien, ja der ganzen Welt gibt, ist in Niedersachsen nicht erkennbar.

Wollen die Gesamtschulen aus dieser Situation trotzdem gestärkt hervorgehen, müssen sie ihren „Markenkern“ neu definieren und sich erneut als Schulen der Mitwirkung und des sozialen Ausgleichs profilieren. Durch die innere Haltung der Lehrkräfte, die Intensität des „sich Kümmerns“, einen absolut verlässlichen Ganztagsbetrieb, die Beteiligung von Lehrkräften und Eltern sowie Schülerinnen und Schülern und den konsequenten Einsatz für die Rechte aller Menschen können IGSen erneut punkten.

Wenn denn die „eine Schule für alle“ auch in Niedersachsen nicht in Sicht ist, sollte die SPD wenigstens alles daransetzen, die Gesamtschulen zu stärken. Alle Schulen, auch die Gymnasien müssen in Zeiten der Inklusion Verantwortung für alle Schüler bis zu deren Entlassung übernehmen. Dies aber erfordert u.a. ein unverzügliches Verbot des „Abschulens“ und möglichst auch des Sitzenbleibens. Dies erfordert eine Abschaffung der schulformbezogenen Lehrerausbildung zugunsten einer Stufenausbildung und die Möglichkeit, dass IGSen auch wirklich „ersetzende“ „Schulen sein dürfen. Damit könnte die unselige Praxis, sich vermeintlicher „Problemschüler“ einfach zu entledigen, beendet werden – und ein wirklicher „Schulfrieden“ einziehen.

## VERANSTALTUNGSHINWEISE

Auf folgende Veranstaltungen möchten wir euch schon jetzt hinweisen:

Am Donnerstag, 25.10.2018 / 19.30 Uhr

### Leitlinien für eine soziale EU – Diskussionsveranstaltung mit Bernd Lange MdB

Freizeitheim Vahrenwald, Raum 15  
Vahrenwalder Str. 92 / 30165 Hannover

Eine Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion findet bei der ÜSTRA in der Landeshauptstadt Hannover statt:

Am Donnerstag, 25.10.2018 / 18.00 Uhr

### Ökologisch vernünftig und sozial gerecht: Unser Weg zur Energiewende

ÜSTRA Remise  
Goethestraße 19 / 30169 Hannover

Bitte anmelden über:

Yasmin.fahimi.wk@bundestag.de

**Weitere Termine findet Ihr auf unserer Homepage.**

#### IMPRESSUM:

SPD-Geschäftsstelle im Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Telefon: 0511-1674 – 240

E-Mail: [SPD-Stadtverband.Hannover@spd.de](mailto:SPD-Stadtverband.Hannover@spd.de)

Internet:

[www.ganz-hannover-im-blick.de](http://www.ganz-hannover-im-blick.de)

Vorsitzender: Alptekin Kirci